



Stadtverwaltung
Büro des Oberbürgermeisters
Schuldnerberatung

Informationen zur Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 DSGVO

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Stadtverwaltung Pirmasens – Büro des Oberbürgermeisters
Exerzierplatzstraße 17
66953 Pirmasens
Frau Annette Legleitner
Tel. 06331 84 2220
annettelegleitner@pirmasens.de

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Stadtverwaltung Pirmasens – Rechnungsprüfungsamt
Bahnhofstr. 50
66953 Pirmasens
Herr Andreas Mühlbauer
Tel. 06331 1489030
datenschutz@pirmasens.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Personenbezogene Daten werden zur Betreuung und Kontaktaufnahme mit Schuldnerinnen und Schuldnern und zur Durchführung von Schuldenbereinigungsverfahren, Insolvenzverfahren und außergerichtlichen Vergleichen gespeichert.

Rechtsgrundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 DS-GVO, BDSG, LDSG

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

- Stadtverwaltung Pirmasens = intern
- Gläubiger und deren Vertreter
- Arbeitgeber, Finanzämter, Krankenkassen, öffentliche Stellen wie Sozialleistungsträger, Auskunftsbüros und SCHUFA

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

- Gläubiger mit Sitz im Ausland
- Behörden im Ausland (z.B. Jugendämter)

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Die personenbezogenen Daten werden 10 Jahre gespeichert.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogene Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DSGVO), insbes. soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.